Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 20 (2000)

Heft: 39

Artikel: Die FPÖ - ein postfaschistisches Projekt : Jörg Haider als Prototyp einer extremistischen Mitte

Autor: Schandl, Franz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651566

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Franz Schandl

Die FPÖ – ein postfaschistisches Projekt

Jörg Haider als Prototyp einer extremistischen Mitte

Die Geschichte der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreich, seit ihrer Gründung in den fünfziger Jahren bis zu Haiders Übernahme der Obmannschaft lässt sich beschreiben als eine langsame Transformation des (deutsch)nationalen Potentials (dazumals hauptsächlich ehemalige Nazis), des sogenannten dritten Lagers, in eine konventionelle liberale Partei. Vor allem unter Norbert Steger, der seit 1980 der Partei vorstand, hat sich dieser Prozess noch verstärkt. Zwischen 1983 und 1986 befand sich die liberalisierte Partei das erste Mal an der Regierung, und zwar in einer Koalition mit den Sozialdemokraten unter dem Zwischenkanzler Fred Sinowatz. Die Installation dieses sozialliberalen Bündnisses war eine der letzten Taten des scheidenden Parteivorsitzenden Bruno Kreisky, der 1983 knapp die absolute Mehrheit verloren hatte.

Das Experiment der kleinen Koalition scheiterte bald. SPÖ und FPÖ verloren alle Wahlen, vor allem die FPÖ musste zusehends um ihre parlamentarische Existenz bangen. Ausser in Kärnten. Dort hatte der junge Oberösterreicher Jörg Haider den Vorsitz übernommen und die schwer rechtslastige und deutschnationale Kärntner FPÖ 1984 bei der Landtagswahl zu einem ausgezeichneten Ergebnis geführt. Seitdem boykottierte Haider die Politik der damaligen FPÖ-Führung, ja er reizte sie mit seinen Querschüssen bis aufs Messer. Einige Male entging er um Haaresbreite dem Parteiausschluss. Dass dieser nicht vollzogen wurde, rechnet sich Steger heute noch als schweren Fehler an.

Beim Parteitag im September 1986 in Innsbruck trat Jörg Haider schliesslich gegen den glücklosen Norbert Steger um den Parteivorsitz in den Ring. Haider gewann und Steger unterlag. Der Sozialdemokrat Franz Vranitzky, erst einige Monate im Amt des Bundeskanzlers, kündigte daraufhin der FPÖ das Koalitionsabkommen auf, im November dieses Jahres kam es zu vorzeitigen Neuwahlen. Österreich wird seitdem von einer Grossen Koalition von Sozialdemokraten und Christdemokraten regiert, die jedoch von Wahl zu Wahl Mandate verliert, während die Freiheitlichen kräftig zulegen können. Letztere eilen von Wahlerfolg zu Wahlerfolg: 1986 plus 4,7 Prozent; 1990 plus 6,9 Prozent; 1994 plus 5,9 Prozent; 1999 plus 5 Prozent. Geht es so weiter, so wird die Haider-Partei bei den nächsten Wahlen zur ersten Kraft in Österreich werden. Aktuell liegt sie bei 27 Prozent und ist nach der SPÖ auf Bundesebene die stärkste Partei der Alpenrepublik.

Haiders Erfolge können jedenfalls nicht als bloss konjunkturelle Grösse angesehen werden, zu regelmässig und zu flächendeckend sind die Gewinne der FPÖ in den letzten Jahren. Zweifellos sind die Freiheitlichen gegenwärtig die dynamischste „politische" Kraft Europas. Eine völlige Umgestaltung

der Parteienlandschaft und der Demokratie ist zumindest in Österreich in Gang gesetzt worden.

Oberflächlich betrachtet ist Haiders Politik eine Politik der Inszenierungen. Der Schritt vom Grundsätzlichen zum Beliebigen, der scheint konsequent getan. Da steckt also, um hier selbst den postmodernen Jargon zu gebrauchen, keine grosse Erzählung mehr dahinter, sondern es wird eine Geschichte nach der anderen aufgetischt. Die Adäquanz seiner Überlegungen speist sich aus einer Gelegenheitsvernunft, einer Vernunft, die jede Gelegenheit für sich zu nutzen versteht. Wobei die Gelegenheitsvernunft fast aussschliesslich am unmittelbaren Resultat interessiert ist, nicht an den anschliessenden Folgen. Dieses Resultat ist zugerichtet wie der Profit in der Ökonomie. Die Kriterien der Verwertung werden zu jenen der Politik selbst. Die Partei ist keine Gesinnungs- und Interessensgemeinschaft mehr, sondern gleicht einem Betrieb, dessen Zweck darin besteht, Einfluss und Stimmen zu akkumulieren. Inhalte dienen vor diesem Hintergrund nur noch als diffuse Schablonen, sie sind austauschbare Identifikationsmomente, nicht mehr. Je nach Bedarf werden sie mehr in den Vordergrund geschoben oder verdrängt. Haider ist darin flink wie ein Wiesel.

Politik ist zu einem Sortiment von Ausschusswaren geworden, die der Populist in seinem Supermarkt der Eventualitäten verkauft. Jedermann und jedefrau sollen sich bedient fühlen. So gelingt es, eine breite Koalition von offenen Unterstützern und heimlichen Sympathisanten herzustellen. Auch wenn das Angebot nur Schein ist, wird es in den Händen Haiders zum Scheinwerfer. Es leuchtet und blendet, weil: es leuchtet ein und blendet aus. Es ist das Schrille und Grelle, das hier so ungebrochen, ja gnadenlos zur Geltung kommt. Diese permanente Sensationalisierung des Geläufigen übertönt freilich das kennzeichnende Rauschen. Das Normale erhält den Status des Absonderlichen, das stets beschworene Volk soll sich daran nicht als es selbst erfahren, sondern sich *aufregen* und *abreagieren*. Der Normalität werden dann die Normen derselben als Gegenpart, nicht als ideologische Verbrämung gegenübergestellt. Auf der Ebene dieses Widerspruchs und seiner besonderen Codierung der Differenz als Verrat, Diebstahl, Privileg, Korruption, Schuld etc. bringt Haider die Verhältnisse zum Tanzen. Er bestärkt und lehrt die Leute zu glauben, was sie sowieso glauben. Sie erkennen sich sodann in ihm, seinen Handlungen und Vorschlägen. Es ist eine Politik der billigen Identifizierung in Zeiten der Auflösung fester Werte.

Haider ist also nicht dingfest zu machen, er entzieht sich einer obligaten Katalogisierung durch das stete Fluktuieren seiner windigen Eingriffe. Modus und Struktur dieser Politik haben sich in ihren Prämissen gewandelt. Seine Partei steuert er wie ein Aktienpaket durch die Wogen des politischen Geschäfts. Ob er aktuell gerade für die völlige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist, oder umgekehrt den freien Sonntag für heilig erklärt, hängt nur ab vom Realszenario, in dem das eine oder das andere Angebot eine bessere Nachfrage erzielt. Manchmal können sie sogar parallel ablau-

fen, je nach Ansprechpartner, der soeben zu bedienen ist. Je nach Konjunktur werden hier Entscheidungen für einen Markt menschlicher Stimmungen getroffen. Für Nestroys hellsichtige Prophezeiung, dass „freie Wahlen nach vorhergegangener Stimmung" (Nestroy 1969, 49) entschieden werden, hat Haider den „reinrassigen" Typus gezüchtet: sich selbst. Die FPÖ ist die digitalisierte Variante betriebswirtschaftlichen Handelns in der Politik. Haider&Co. betreiben Wählerstimmenmaximierung wie andere Profitmaximierung betreiben.

Haiders Entlarvung kann nur als spezifische Destruktion des politischen Postmodernismus geleistet werden. Diese Aufgabe können viele Haider-Gegner aber nicht bewerkstelligen, da sie selbst eine Variante desselben darstellen. Sie sind ihm näher als sie meinen. Seine Dechiffrierung wäre ihre Dechiffrierung. Haider ist nicht anderer Art, sondern eine Wucherung derselben. Will man Haider erklären, dann sind vorerst selbst die traditionellen Analysemuster in Frage zu stellen: die politischen Lager, die Programme, die Grundsätze, die Meinungsforschung, die Wählerströme.

Erst wenn man das hinter sich gelassen hat, kann man voranschreiten, das Nichtbeliebige im Beliebigen zu erkennen. Dieses Nichtbeliebige ist eine Orientierung auf Demokratie und Markt, die Konkurrenzmechanismen werden grundsätzlich, aber nicht vorbehaltslos bejaht, sie werden national reinterpretiert. Die gelungene ideologische Symbiose aus marktwirtschaftlicher Euphorie und reaktionärem Antikapitalismus ist Kennzeichen der Haiderei. Der Millionär und der vielgerühmte kleine Mann finden sich im Leitbild des fleissigen Inländers wieder. Die Bedrohung kommt selbstverständlich von aussen. „Stopp der Überfremdung" lautete die zentrale und im letzten Nationalratswahlkampf 1999 affichierte rassistische Botschaft.

Was Haider vorhat, ist die *nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus*, wobei immanente Konflikte dieser Ehe bewusst ausgeklammert bleiben müssen. Aufgrund dieser Verschränkung kann Haider sowohl Sieger als auch Verlierer bedienen. Weiters ist sein nationalistischer Ansatz nicht primär revanchistisch und rückwärtsorientiert, er speist sich hauptsächlich aus einer spezifischen Interpretation der aktuellen sozialen Verwerfungen. Diesbezüglich ist er alles andere als borniert, er ist vielmehr multipel und zielgerichtet. Sein Partikularismus ist also kein eng definierter, sondern eine äusserst flexible Grösse. Seine Palette, etwa betreffend die räumliche Identität, reicht so vom regionalistischen Separatismus über den österreichischen Patriotismus und die Beschwörung der deutschen Kulturgemeinschaft bis hin zur kreuzritternden Verteidigung des christlichen Abendlandes.

Kleinbürgerliche Rabiatismen

Haider ist für alles, wofür alle sind. Inhaltlich versucht er sich in der Affirmation durch Überaffirmation. Haider gebärdet sich also nicht wie etwa Hitler als absoluter Feind der Demokratie, sondern im Gegenteil, als deren eifrigster Freund und Helfer. In Haider übertreibt sich die Demokratie

bis zur Kenntlichkeit. Er ist nicht der Umstürzer des Systems, er ist dessen Verwirklicher. Man lese nur aufmerksam das neue Programm der FPÖ, und man wird dort alles finden, was dem demokratischen Publikum vertraut ist und somit vertrauenswürdig erscheint. Nicht nur das Bekenntnis zur *fairen Marktwirtschaft* oder zur *Wettbewerbsfähigkeit* ist da gemeint, sondern auch zur *Nachhaltigkeit* oder zur *ökologischen Steuerreform*, zum *Verursacherprinzip* sowie zur *Kostenwahrheit* in der Ökonomie (Programm 1997, Kapitel X-XII). Es wurde also Vorsorge getroffen, dass die Kunden auch zielsicher abgeholt werden.

Vor allem die Affinität zu ökologistischen Standpunkten ist erstaunlich, aber unübersehbar. Schon in seinem vorletzten Buch schreibt Jörg Haider: „Freiheit, die ich meine, muss sich vom anthropozentrischen und mechanistischen Weltbild abwenden und sich als Ergebnis einer ganzheitlichen ökologischen Sicht verstehen." (Haider 1993, 27) Madeleine Petrovic, die ehemalige Klubobfrau der Grünen im österreichischen Nationalrat, würde es nicht anders formulieren. Ebenso: „Der Mensch ist ein Teil der Natur, seine Würde ist unteilbar. Folglich muss auch der Natur Würde und Grundrechtsschutz zukommen." (ebd.) Manchmal geriert er sich gar als Basisdemokrat: „Unser Ziel, für das wir streiten, ist die Durchsetzung von Freiheit und Recht und nicht die Macht! Unser Ziel ist nicht Austausch der Herrschenden, sondern Machtverzicht für Parteifunktionäre und Apparate, um Autonomie und Selbstbestimmung der Menschen zu erlangen." (Haider 1993, 33) Ebenfalls findet sich der intellektualistische Singsang, dass Österreich „keineswegs mit normalen westlich-demokratischen Massstäben zu begreifen" (Haider 1993, 127) ist.

Wenn man Haiders Schriften liest, seine Reden hört, dann ist da nichts an Radikalität wahrzunehmen, vielmehr hat der rabiate Kleinbürger sämtliche Vorurteile des Stammtisches zusammengetragen und konzentriert. Da ist nichts, was nicht auch die Demokratie möchte, was nicht auch andere demokratische Parteien von sich geben. Die Differenzen sind minimal, auch wenn Haider selbst und seine Gegner sowieso laufend anderes behaupten. Haiders Ansichten sind weitgehend austauschbar mit roten, grünen oder schwarzen Programmen.

Politisches Marodieren ist ein Kennzeichen der Haiderei. Haider ist also ein „Nach-F-er" (Wilhelm 1996, 24). Was Carl von Ossietzky über die Nazis schrieb, trifft auch auf die Freiheitlichen zu: „An dieser Partei ist nichts originell, nichts schöpferisch, es ist alles entlehnt. Sie hat kein eignes geistiges Inventar, keine Idee; ihr Programm ist in aller Welt zusammengestoppelter Unsinn. (....) Alles an dieser Partei ist Nachahmung, alles was sie unternimmt schlechtes Plagiat. (....) Alles in und an der Nationalsozialistischen Partei ist zusammengeklaut, alles Diebesgut, alles Sore [Erlös aus ergaunerter Ware, F.S.]; Material für stupide Köpfe aber fertige Finger." (von Ossietzky 1989, 128)

Haider gleicht einem politischen Chamäleon, das je nach Bedarf seine Farbe wechselt, sich aber dennoch gleichbleibt. *Von allem etwas* und *für alle etwas*, das ist das Erfolgsrezept der Haiderei. Laut Eigendefinition sieht

die neue FPÖ sich jetzt als eine *christlich-sozial-demokratisch-liberale* Kraft. Das ist nicht so falsch, so obskur es auch auf den ersten Blick erscheint. Die regressiven Komponenten werden in der FPÖ tatsächlich verdichtet präsentiert.

Das Beliebige beruht aber auf ontologischen Unterstellungen, man könnte auch sagen: Vorurteilen, die gar nicht als der Reflexion zuführbar wahrgenommen werden. Was immer wir vorfinden, das sind bestimmte Konstruktionen, die aber nicht als solche, sondern als schlichte Festsetzungen erscheinen. Sie sind ihrer historischen Gewordenheit entbunden. Zur Verdunkelung dient wie so oft der Mythos. Da heisst es etwa: „Freiheit steht als höchstes Gut jedem Einzelnen und jeder natürlich gewachsenen Gemeinschaft, von der Familie bis zum Volk, unverzichtbar zu."(Programm 1997, Kapitel I, Artikel 2) Die menschliche Vergesellschaftung wird hier in typischer Weise biologisiert, sie ist keine mögliche soziale Entwicklung gewesen, sondern gehorchte einer natürlichen Dynamik. Familie und Volk werden als überhistorische Wesenheit erachtet, Kritik daran muss als organische Bedrohung des Volkskörpers (Nation) und seiner Zellen (Familien) aufgefasst werden. Das ganze Konzentrat *freiheitliche Ideologie* ist diesem unscheinbaren Satz zu entnehmen, versteht man ihn nur genau zu lesen und sorgfältig zu interpretieren.

Neben dieser apriorischen Festlegung finden sich der hinterhältigen Kalauer noch einige. Etwa die Koppelung der Freiheit an das Privateigentum: „Privates Eigentum ist Ausdruck der Verwirklichung von Freiheit" (Programm 1997, Kapitel I, Artikel 4), heisst es da. Was dann aber auch bedeutet, dass der Nichtbesitz an Eigentum Ausdruck von Unfreiheit ist, die Freiheitlichen somit unfreiwillig das Antlitz des freiheitlichen Systems in ihrer übereifrigen Ideologie selbst demaskieren.

Hinsichtlich christlicher Werte zum Beispiel heisst es: „Die europäischen Rechtsordnungen fussen auf einem christlichen Grundwertekonsens." (Programm 1997, Kapitel V, Artikel 1) Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Man denke nur an die griechische Philosophie, das römische Recht, die Aufklärung oder den Marxismus. Religion und Kirche sind zwar *eine* Voraussetzung, nicht aber die Bedingung des Abendlandes. Manchmal war es geradewegs der Bruch mit den christlichen Prämissen, der erst den modernen Kapitalismus mit Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten verwirklichen konnte. Besonders grotesk wird es aber, wenn die Freiheitlichen dann entgegen dem letzten Zitat festhalten: „Es ist mit der Würde des Menschen unvereinbar, ihn durch Bevormundungen oder andere Eingriffe, insbesondere nach ideologischen und weltanschaulichen Schablonen, gegen seinen Willen zu beeinflussen und umzuerziehen."(Programm 1997, Kapitel II, Artikel 3) Doch dieser Widerspruch ist leicht aufzulösen. Freiheit und Privateigentum, Nation und Christentum sind den Freiheitlichen vorausgesetzte Selbstverständlichkeiten, die über jede prinzipielle Kritik erhaben sind. Sie gehören zur okzidentalen Anatomie des Menschen.

Reaktionärer Antikapitalismus – Ressentiments des kleinen Mannes

Besonders abgefeimt, obwohl es gar nicht mehr auffällt, ist, dass Haider stets von *kriminellen Ausländern* anstatt von *ausländischen Kriminellen* spricht. Es wird somit eine Klassifizierung unterschoben, die zwar mit der Realität nichts zu tun hat, die aber in ihrer rassistischen Stossrichtung eindeutig ist und auch ihre Wirkung nicht verfehlt. Erst durch die Kriminalisierung der Ausländer werden die Ausländer überproportional kriminell. Da sie permanent aus dem Land, aus den Arbeitsprozessen, aus den Wohnungen, aus den Sozialleistungen, kurzum aus der sogenannten zivilen Gesellschaft gedrängt werden sollen, sind diverse ungesetzliche Betätigungen (vom nichtgestatteten Aufenthalt bis zur Schwarzarbeit, vom Ladendiebstahl bis zur Bildung mafiotischer Cliquen) vorprogrammiert. Strukturell sind sie angelegt durch ihre apriorische Disqualifikation als Staatsbürger. Da die nationalstaatlich organisierte bürgerliche Gesellschaft der reichen Länder sie nicht haben will, ergeben sich Ausschluss und Ausschaffung zwingend. Sie sollen sein, um es mit einem ökonomischen Terminus zu umschreiben, ausgeschaltete Konkurrenz nach dem Kriterium nationaler Abkunft.

Der rassistische Abgrenzungswahn kennt natürlich nicht nur Ausländer, er überfällt auch andere Gruppen; je nach Bedarf Arbeitsscheue oder Arbeitslose, Beamte oder Studenten, Politiker oder Spekulanten, möglicherweise sogar Textilarbeiterinnen oder Versicherungsangestellte. Und da jede Gruppe im Krieg der Standorte schaut, dass sie nicht selbst zum Handkuss kommt, ist sie Vorurteilen andere betreffend durchaus zugänglich. Marktwirtschaft wird so immer mehr zum Krieg „Jeder gegen jeden", wobei jedoch kaum der Mechanismus hinterfragt oder gar angeprangert, aber überall von Übervorteilung gesprochen wird. Alle fühlen sich übervorteilt, weil alle übervorteilen wollen, ohne zu sehen, dass sie dabei nur ein minimales Fluktuieren rund um die Verwertung in Gang setzen können, selbst also nicht Gängler, sondern Gegängelte sind. Ziel bleibt aber, dass der an sich vorurteilslose Konkurrenzmechanismus von den einzelnen Gruppen unterlaufen wird, um selbst der drohenden Ausgrenzung zu entgehen.

Dies ist genau der Punkt, wo der Antikapitalismus reaktionär aufgeladen werden kann. Die Hauptform dieser Aufladung ist das Setzen auf einen nationalen Status: gegen den Ausverkauf heimischer Betriebe, gegen die Verlagerung der Produktion ins Ausland, gegen ausländische Beschäftige, gegen Überfremdung; kurzum für *Identität*: „unsere Betriebe", „unsere Wirtschaft", „unsere Marken", „unsere Standorte", „unsere Währung". Den anderen wird dann meist unterstellt, natürlich auf „unsere Kosten" leben zu wollen. Da schieben wir doch einen Riegel vor. Was folgt, ist für heute typisch, aber doch in seiner erdrückenden Gegenüberstellung besonders tragisch: „Der Entwicklungsprozess des Kapitals selbst, der eine nationalökonomische Formierung unmöglich gemacht hat, spaltet so auch die Massen in Vertreter der „weltoffenen" liberalen Heuchelei einerseits und des dumpfen rassistischen Neo-Nationalismus andererseits."(Kurz 1993,

56) Genau in diesem irrwitzigen Dualismus liefert die Politik sich gegenwärtig ihre Schlachten.

Ein von Haider beliebtes und oft verwendetes Feindbild richtet sich gegen die vermeintlich Mächtigen in diesem Land, gegen die es aufzubegehren gilt. Es geht davon aus, dass es sich „Die-da-oben" stets richten können und die sogenannten *kleinen Leute* – die im Singular nicht zufällig geschlechtsspezifisch als der *kleine Mann* auftreten – die einzig Drangsalierten sind. Oben und Unten werden nicht als Ganzes, sondern als relativ abgeschlossene Bereiche codiert. Derweil: Das Oben ist das Oben des Unten. Der Dualismus ist nur ein scheinbarer, so kräftig er auch erscheint. Niemand kann sich von dieser Allgemeinheit ausnehmen, das Verhalten als Warensubjekt ist allen gesellschaftlichen Positionen eigen – ohne Ausnahme. Die Positionierung ist freilich für das jeweilige Individuum von grosser Bedeutung. Das Erleben dieser Konkurrenz ist oben und unten von anderen Folgen und Aussichten begleitet. Die Unteren duellieren sich primär am Arbeitsmarkt, seltener schon am Warenmarkt und fast kaum am Kapitalmarkt (auch wenn Spar- und Kreditformen oder auch Pensionsfonds und Versicherungen dies relativieren). Diese Differenz, von den Trägern als gravierend empfunden, ist dennoch keine substantielle.

Darstellung und Selbstdarstellung der gesellschaftlich ungünstiger Positionierten als „kleine Leute" ist jedenfalls demütigend und demotivierend. Darin liegt – auch wenn man sich positiv auf diese Menschen beziehen möchte – eine Entwürdigung konkreter Individuen mittels der Sprache, eine Akzeptanz der gesellschaftlichen Be- und Entwertung, der nun bestenfalls mit einer moralisch-mitleidigen Tour begegnet werden soll. Die Klein- und Niedergemachten sollen nicht gegen die Zustände revoltieren, sondern gegen beliebige Missstände. Vor allem sollen sie eines nicht: sich selbst reflektieren und kritisieren. Nur zu kurz gekommen seien sie, grundsätzlich sei alles in Ordnung. Und auch sie seien schwer in Ordnung, wird ihnen allseits zugeredet. In selbstdegradierender Positivsetzung ihrer Existenz haben sie sodann um Erträglichkeit zu bitten. Dazu bieten sich Rächer der Enterbten an.

Es ist gerade der kleine Mann, dem sich der grosse Führer andient und vorsetzt. Er versteht es, dessen Ängste und Wünsche zu bündeln. Er fungiert aber nicht als Erzeuger, sondern bloss als Erreger und Verstärker ebendieser. Er nimmt ihre spezifische Lage wahr, nimmt die Leute, wie sie sind. Er verzichtet geradezu darauf, sie zu verändern – so wollte es zumindest bisher der christlich-sozialistische Anspruch –, er will sie nur zum Ausdruck bringen. Insofern ist er authentischer. Er fährt mit ihnen Ringelspiel, er holt die Leute dort ab, wo sie sind, um sie anschliessend wieder dorthin zu bringen, wo sie gewesen sind. Repulsion und Attraktion sind zu einem Vorgang verschmolzen, kaum noch unterscheidbar. In all seinen Bedeutungen kann behauptet werden: Die von Haider entfaltete Bewegung ist *rasend*. Es wird immer schneller, doch es geht nirgendwo mehr hin. Wollten die herkömmlichen Parteien die Menschen noch in ihrem Sinne modeln, wollen die Freiheitlichen nur den Bodensatz pur zur Tat bringen. So betrachtet ist

Haider durchaus ein Demokrat. So gesehen kann zwischen Demokratismus und Populismus auch gar kein Unterschied sein (Schandl/Schattauer 1996, 387ff.; Schandl 1999, 9f.). Das ist auch mit ein Grund, warum die obligate Demokratiekritik am Gegenstand Haider laufend verunglückt, kann er sich doch zurecht auf mehrheitliche Stimmungen im Wahlvolk berufen.

Der kleine Mann ist der gemeinsame Nenner des Populismus. Etabliert wird nicht Kritik an den Verhältnissen in ihrer Totalität, sondern es reproduziert sich eine partikulare Feindschaft gegen Andere. Auch wenn es nicht gerne gehört wird: Der Hass auf das *Obere* unterscheidet sich, von seiner Herkunft aus betrachtet, nicht wesentlich vom Hass auf das *Fremde*. Jener mag vordergründig sympathischer sein, aber letztlich ist das ressentimentgeladene Geraunze gegen die Obrigkeit nicht emanzipatorisch. Die kleinen Leute sind nicht die Ehrlicheren, Anständigeren und Fleissigeren als die Oberen, ihre psychische und soziale Lage ist ebenso durch ihr Dasein als Objekt und Subjekt der Konkurrenz bestimmt. Ihre Tätigkeiten haben im Einzelfall nur weniger Tragweite, in Summe aber durchaus einen Stellenwert, der gegen jenen von oben nicht zurücksteht. Wie die Oberen nicht die Schuldigen sind, so sind die Unteren nicht die Unschuldigen. Die am meisten unter dem System zu leiden haben, sind auch die von ihm am ärgsten Zugerichteten. Ihr Denken und Handeln erfahren geradezu ein Höchstmass an obligater Zwangsbestimmung. Auf den kleinen Mann kann man sich nur negativ beziehen, nicht positiv: „Die Glorifizierung der prächtigen underdogs läuft auf die des prächtigen Systems hinaus, das sie dazu macht." (Adorno 1997, 29)

Extremismus der Mitte

Die vorherrschende Richtung des antifaschistischen Mainstreams hat viele von uns hier vorgebrachten Phänomene bisher nicht nur nicht gedeutet, sie hat sie nicht einmal als Fragestellung erkannt. Ihr Erklärungsmuster fährt beharrlich auf den alten Geleisen weiter. Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) etwa schreiben: „Jörg Haider ist eindeutig als rechtsextrem zu qualifizieren (...) Jede andere Deutung läuft unseres Erachtens auf eine gefährliche Verharmlosung der Haider-FPÖ hinaus." (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997, 102; vgl. auch Scharsach 1992) Diese platte Analogie arbeitet mit einer leichtfüssigen Zuordnung bestimmter Phänomene. Gefährlich ist aber Haider gerade deswegen, weil er als erster europäischer Politiker den Schritt über den traditionellen Rechtsextremismus und Faschismus hinaus getan hat. Die neurechte Opposition ist ein postmodernes Zersetzungsprodukt der bürgerlichen Demokratie – Haider ihr bestes Chamäleon.

Auch will das herrschende Denken Demokraten und Nazis strikt trennen, hier nur Brüche wahrnehmen, keine Kontinuitäten und schon gar nicht das gemeinsame Betriebssystem der Verwertung. Dass sowohl der Faschist als auch der Demokrat sich positiv auf Marktwirtschaft und Konkurrenz, auf

das Privateigentum an Produktionsmitteln und den Profit beziehen, und negativ auf alles, was „Kommunismus" gescholten werden kann, sollte zu denken geben. Dass Demokratie und Faschismus sich gar nahe sein könnten, ist gemeinhin nicht nachvollziehbar. Davor schützt der Hausverstand. Ja, die Demokratie wird überhaupt sakralisiert, darf keiner prinzipiellen Kritik zugeführt werden. Von fast allen wird sie als Hochamt des Bekenntnisses zelebriert.

Umgekehrt als bei Bailer-Galanda/Neugebauer sollte gelten: Die Kennzeichnung „rechtsextrem" verharmlost. Sie ist nicht nur untauglich, weil sie bewusst oder unbewusst die Begrifflichkeiten der Totalitarismustheorie ins Spiel bringt und dabei die Bekämpfung gleichsetzbarer Links- und Rechtsextremismen suggeriert, schwerwiegender ist, sie verharmlost die gesellschaftliche Mitte, traut ihr überhaupt keinen Extremismus zu, verortet Haider am rechten Rand, unterstellt, dass die Mitte damit nichts zu tun habe. Haider wird dadurch ein Wiedergänger, gegen den die Demokratie mobilzumachen hätte. Dabei übersieht sie völlig, dass Haider die mobilgemachte Demokratie bereits ist, gegen den herkömmliche Demokraten in ihrer Immobilität alt aussehen.

Haiders Rückgriffe auf den „Rechtsextremismus" genannten Faschismus sind hingegen selektiver Natur, er arbeitet mit Versatzstücken, plant etwas Neues, keine Neuauflage. Genau das gilt es zu verstehen. Die faschistische Rumpelkammer benützt Haider nicht wie ein Ewiggestriger. Er weiss allmeist genau, was er auszuscheiden hat. Seine Kunst besteht darin, mit dem Skalpell zu exzerpieren. Er nimmt bloss, was er brauchen kann, lässt den übrigen Krempel liegen. Die Abhalfterung diverser Traditionalismen entspricht dem Postmodernismus der Freiheitlichen. Wer etwa parteiintern vor ideologischer Aufweichung warnt und klare weltanschauliche Grundsätze einmahnt, hat Haiders Bewegungspolitik überhaupt nicht begriffen.

Haider ist mit der Bezeichnung *Nazi* nicht adäquat erfasst, was überhaupt nicht meint, dass da nichts Nazistisches an ihm wäre oder er gar ein Anti-Nazi sei. Die Freiheitlichen sind aber kein faschistisches Projekt, auch wenn unzweifelhaft faschistisches Potential dort Eingang findet und sich betätigt. Doch das ist nicht ausschlaggebend; wäre es dominant, wäre die FPÖ bedeutungslos. Erfasst man dieses jedoch als Indiz, verstellt man sich die Analyse. Die gelegentliche Ortung Haiders im rechtsextremen Bereich ist nicht generalisierbar. Sie trifft weder den Kern, noch überzeugt sie das Publikum. Damit soll nicht gesagt werden, dass diese braunen Spritzer an den Freiheitlichen zufällig oder zu unterschätzen sind, doch sie sind auch nicht zu überschätzen, vor allem: sie taugen nicht zu einer wesensmässigen Einschätzung, sind bloss Mosaiksteine freiheitlichen Agierens.

Während ein nicht unbeträchtlicher Teil der Haider-Gegner den Charakter der freiheitlichen Bewegung direkt aus diesen unbestreitbaren Affinitäten zum Nationalsozialismus ableitet, negiert der Schriftsteller Robert Menasse diesen Zusammenhang völlig. Er behauptet, dass Haider in Wahrheit ein *Austrofaschist* sei, was meint, dass dieser in Kontinuität zur

Vaterländischen Front und ihres Ständestaates (1933-1938) gesehen werden muss: „Austrofaschistischer Ungeist im Gegensatz zu nationalsozialistischem bedeutet: Dem 'kleinen Mann' verpflichtet und nicht seiner Aufhebung in einer Monumentalrepräsentation; irgendwie „modern", aber antiurban; trotzig herrisch, aber nicht weltmannsüchtig; ressentimentgeladen und nicht eiskalt technokratisch; autoritätssüchtig, aber nicht reihundgliedstramm; ausgrenzend, aber nicht vernichtend." (NZZ 13./14. Mai 2000)

Diese Argumentationskette ist schon empirisch äusserst fragwürdig. Die FPÖ ist in den Städten weit besser verankert als in den ländlichen Gebieten, wo ihr Stimmenanteil fast überall unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Nur Kärnten bildet partiell eine Ausnahme. Bei Kommunalwahlen etwa landet die FPÖ meist weit abgeschlagen hinter der christlichsozialen ÖVP und den Sozialdemokraten. In zahlreichen Gemeinden gibt es sie überhaupt nicht. Auch vom medial eingeforderten Erscheinungsbild her betrachtet, ist Haider der urbanste aller Politiker, ein Popstar, der auf allen Partys tanzt, nicht nur „irgendwie ‚modern'" (Menasse), sondern der modernste überhaupt. Da marschiert keineswegs die rückständige Provinz.

Was Menasse schliesslich als typisch austrofaschistisch bezeichnet, sind eigentlich nichts anderes als die aktuellen und obligaten Verhaltensmuster der gesellschaftlichen Mitte, sei es in Spanien oder Frankreich, Deutschland oder Österreich. Ihre nationalen Verschiedenheiten verblassen vor dem Hintergrund einer globalen kulturindustriellen Formatierung. So viele Magazine und Sender auch strahlen, stets läuft das gleiche Programm. Und Jörg Haider ist jener Politiker, der die Gesetzlichkeiten des Medienzeitalters am besten erfasst hat, sie exzessiv auslebt und auch ausbeutet.

Insgesamt ist also davon auszugehen, dass die Haiderei mit den Kategorien und Zuordnungen der Jahre bis 1945 nicht begriffen und beurteilt werden kann. Alle Analysen, die primär auf den historischen Vergleich abstellen, erweisen sich als beschränkte Konstruktionen. Der historische Vorlauf erklärt nicht den perspektivischen Verlauf, jener macht lediglich Voraussetzungen klar, nicht jedoch Entwicklungen. Die postfordistische Konstellation ist eine qualitativ neue. Nationalsozialismus als auch Austrofaschismus geben analytisch zu wenig her, den Charakter Haiders und der Freiheitlichen adäquat zu begreifen.

Der Faschismus und mit ihm der Nationalsozialismus gehören zur Aufstiegsgeschichte des europäischen Kapitalismus im zwanzigsten Jahrhundert. Vornehmlich zum Zug gekommen sind sie in Ländern, die relativ spät ihre nationalstaatliche Einigung vollziehen konnten (Italien, Deutschland). Der nachholende Nationalismus war im Inneren wie im Äusseren um vieles aggressiver als seine Vorläufer (England, Frankreich). Dort, wo es Parallelitäten zwischen dem alten Faschismus und der neuen Rechten à la Haider gibt, sind diese als jeweils extremistische Zuspitzungen des gesunden Menschenverstands ihrer Zeit zu interpretieren, nicht aber so, als wäre das eine die Fortsetzung des anderen. Der bisherige Kulminationspunkt des gesunden Menschenverstands war die Realisierung des gesunden Volks-

empfindens durch die Nationalsozialisten gewesen. Der Begriff des Faschismus ist jedoch einer bestimmten, nicht wiederholbaren Epoche des Kapitalismus vorbehalten. Anderswohin versetzt, stiftet er mehr Verwirrung als Erklärung. Das Brechtsche Diktum „Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!" (Brecht 1967, 1835), behält schon seine Gültigkeit. Aber es kriecht nicht zweimal das gleiche aus. Das Gleichbleibende ist bei der Gebärerin, nicht bei der Ausgeburt zu suchen.

Jenseits von Klasse und Lager

Die FPÖ ist auch kein drittes Lager mehr. Noch früher als der sozialdemokratische und der christlichsoziale Block erodierte der deutschnationale Block in Österreich, bemisst man dies nicht vornehmlich an stereotypen Aussagen einiger rechter Kämpen. Die Lager sind weitgehend einem Wanderzirkus der Wechselwähler gewichen. Dass es um eine deutschnationale Wiedererweckung desjenigen gegangen ist, mag Haider in den Anfangsjahren seiner Parteiführerschaft geglaubt haben, in der Zwischenzeit ist er über solches längst hinweg. Diese Tradition muss als substantiell überwunden gelten. Nicht auf Kontinuität gilt es also hinzuweisen, sondern auf die *Diskontinuität* der Entwicklung. Die Freiheitlichen sind keine *Erneuerung*, sondern etwas *Neues*.

So wenig die FPÖ als Lagerpartei zu fassen ist, so wenig darf sie auch als Klassenpartei angesehen werden. Die Freiheitlichen sind eine rechtspopulistische *Volksbewegung* schlechthin (wenngleich diese Bewegung ausserhalb der Wahlzellen kaum mobilisierbar ist), in ihrer Wählerstruktur inzwischen breiter zusammengesetzt als SPÖ und ÖVP. Ihre Anhänger kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen und Sektoren der Gesellschaft. Die Freiheitlichen sind nicht Folge eines Formierungsprozesses bestimmter Klassen oder Klassensegmente, sondern eines Zersetzungsprozesses derselben. Die gesellschaftlichen Strukturen der Gegenwart haben die alten Zuordnungen und stabilisierten Kategorisierungen immer mehr verflüssigt.

Dass die FPÖ teilweise von Kapitalistenkreisen gesponsert wird, ist schon richtig, aber daraus lässt sich ebensowenig eine Kapitalistenpartei konstruieren wie umgekehrt eine Arbeiterpartei aufgrund des nicht unbeträchtlichen Stimmenzuwachses aus dem Bereich der (blue color) Arbeiterklasse. Was Haider zusammenfasst, sind nicht die aggressivsten Teile des konstanten Kapitals, sondern die regressivsten Teile des vom Kapitalverhältnis Drangsalierten. Das können Hilfsarbeiter genauso sein wie Boutiquenbesitzer, Kleinbauern genauso wie Industrielle, Arbeitslose genauso wie Hausherren. Bei der Absorption gesellschaftlicher Gruppen ist Haider nicht wählerisch. Ständische Dünkel sind ihm weitgehend fremd. Er nimmt, was er kriegen kann.

Dabei ist es absolut nachrangig, ob die Bedrohung durch den Markt sich an seinen Teilnehmern realisiert hat (sei's im Konkurs eines Kleinunternehmens oder im Verlust des Arbeitsplatzes), ob die Bedrohung nur latent

vorhanden ist, oder ob die Bedrohung umgekehrt als Chance für den Aufstieg genutzt werden konnte. Das heisst also nicht, dass die von Haider Bedienten automatisch die Erfolgloseren auf dem Waren- oder Arbeitsmarkt sind; regressiv meint, dass sie sich als potentielle Opfer gerieren, unabhängig davon, wie sie ökonomisch dastehen. Denn ob sie nun der Konkurrenz gewachsen sind oder nicht, die Konkurrenz ist immer vorhanden. Haider verspricht den Erfolgreichen nun, dass sie ihren Erfolg behalten, ja ausbauen dürfen – und den Opfern der gleichen Konkurrenz, es jenen gleichtun zu können, gegen die sie eigentlich am Markt gescheitert sind. In der Volksgemeinschaft der Leistungswilligen und Tüchtigen finden sich alle wieder, die sich wiederfinden wollen. Was noch nicht heisst, dass sie im Ernstfall auch aufgenommen werden.

Es ist jedenfalls nicht das Grosskapital (und schon gar nicht die Konzerne), das gegenwärtig die FPÖ fördert und unterstützt. Im Gegenteil, je globalisierter die Kapitalfraktion, desto weniger will sie von Haider und den Seinen wissen. Vor allem auch, weil diese Gruppen international, nicht national orientiert sind. Die FPÖ wurde nicht durch die Industriellenvereinigung grossgefüttert, auch wenn einige Industrielle sie unterstützen. Es ist ein besonderer Typus von Unternehmern, der an der FPÖ hängt (Prinzhorn, Wlaschek, Haigermoser, Lugner, Rogner, Hartlauer), vielfach solche, die durch relativ rabiate Methoden gegenüber den Beschäftigten und auch den Kunden bekannt sind. Deren Marktfähigkeit ist allmeist nicht langfristig gewachsen, sondern wurde durch einen schnellen Aufstieg bewerkstelligt. Dubiose Machenschaften sollen nicht ausgeschlossen werden. Diese Art von Kapital verdeutlicht marodierende, ja mafiotische Züge.

Nicht ein bestimmtes Partikularinteresse leitet die FPÖ, sondern sie ist Ausdruck der Gesamttendenz der Kapitalherrschaft als volksgemeinschaftliche Veranstaltung. Ein Sammelsurium widersprüchlichster Forderungen wird dort in Umlauf gebracht. Es ist nicht eine bestimmten soziale Konfiguration, die sich hier anschickt, aktiv zu werden, es ist die falsche Selbstbespiegelung der Zusammenhänge, die sich da zu einer mobilisierungsfähigen Variante verdichtet.

Postfaschistisches Projekt

Die FPÖ ist in Ansätzen eine postpolitische Bewegung. Die regressiven Potentiale des Postmodernismus kommen hier ganz ungeschminkt zu sich. An den Freiheitlichen präludiert sich das rechte Ende von Politik und Partei, von Interesse und Klasse. Zu Inhalten hat Haider prinzipiell ein taktisches Verhältnis: gestern noch deutschnational, heute österreichpatriotisch; gestern für die Dritte Republik, heute wieder für die Zweite; gestern Einpeitscher für den EU-Beitritt, heute vehementer Gegner und Profiteur der Anti-EU-Stimmung. Was er gestern gesagt hat, ist ihm heute ziemlich egal, interessiert seine Kontrahenten mehr als ihn selbst. Was er vertritt, ist der Wille zur Macht. Konsequent und rücksichtslos. Seine Inhalte sind flexibel, den jeweiligen Vorhaben und Erfordernissen angemessen. Dass sie insge-

samt nicht zusammenpassen, steht auf einem anderen Blatt. Passen müssen sie, und das tun sie.

Haider offenbart damit aber auch seine Konzeptlosigkeit sondergleichen. Ein konsequentes Praktisch-Werden seiner Vorstellungen ist in Summe unmöglich. Das ist das eigentlich Bedrohliche: „Der Rechtspopulismus kann die Funktion der pluralistischen Demokratie nicht einnehmen, er kann kein neues funktionstüchtiges Modell kapitalistischer Herrschaft etablieren. Das ist aber auch gar nicht das Problem. Der moderne Rechtspopulismus wird virulent, weil der Funktionsraum Politik mit dem Kollaps der Arbeitsgesellschaft selber obsolet wird. Der Rechtspopulismus kündet von der Barbarisierung der bürgerlichen Gesellschaft, aber nicht deshalb, weil unter seiner Führung eine faschistische Alternative zur Sachzwangbestialität sich formieren könnte. Er ist vielmehr als Moment der Paralyse des Politischen wirksam." (Lohoff 1993, 123)

Die Freiheitlichen sind das erste gelungene *postfaschistische* Projekt der Rechten in Europa. Und zwar *weil* der Ablösungsprozess vom traditionellen Rechtsextremismus geglückt ist. Eben dieser Umstand ist es, der Haider so gefährlich macht, nicht seine Rückgriffe in die braune Mottenkiste der Versatzstücke, die doch nur Elemente im postmodernen Potpourri seiner Beliebigkeiten sind. Die FPÖ hat den Schritt von der traditionellen Partei zur postmodernen Bewegung erfolgreich hinter sich gebracht. Haider ist die rechte Negation der sogenannten *Politikverdrossenheit*, deren falsche Alternative.

Was in Österreich gegenwärtig abläuft, ist keine Wende, sondern eine verschärfte Fortsetzung des Gehabten. Das von FPÖ und ÖVP gezimmerte Koalitionsabkommen ist kaum anders als jenes, das SPÖ und ÖVP schon fertig ausgehandelt hatten, bevor es an untergeordneten Fragen (z.B. der Ministerliste) platzte. Jenseits eines in den EU-Staaten obligaten sukzessiven Abbaus staatlicher Leistungen (Soziale Wohlfahrt, Pensionen, Forschung, Bürokratie ...) gibt die Regierung sich betont zurückhaltend. Inwiefern das Taktik ist, wird sich in den nächsten Jahren herausstellen. Was zweifellos in Änderung begriffen ist, das ist das gesellschaftliche Klima, das nach Jahren des sozialpartnerschaftlichen Konsenses sich mehr und mehr auf Konfrontation einstellt. So ist einerseits zu betonen, dass sich ein Widerstandspotential herausgebildet hat, das sich durch langen Atem (z.B. die wöchentliche Donnerstagsdemonstration) auszeichnet; dass andererseits aber die Regierung fest im Sattel sitzt, ihre restriktiven Massnahmen mehrheitlich bejaht oder zumindest als notwendig hingenommen werden.

Was Haider von den etablierten Demokraten in Europa unterscheidet, ist das Übermass an Demagogie und das Quantum der Xenophobie. Er ist ihr Komparativ. Diese Differenz gilt es im konkreten Falle selbstverständlich zu berücksichtigen, man sollte aus ihr aber keinen Popanz machen. Gemessen an ihrer Realpolitik passt Haider gut zu ihnen. Er spitzt zu, was sie vorhaben. Man will sich nur partout nicht an ihm erkennen. Konkrete Begründungen für den bilateralen Boykott können die EU-14 so kaum anführen, da diese sofort auf sie zurückfallen müssten. Diskriminierungen

und Hürden bei der Integration von Ausländern etwa sind gemeinsamer europäischer Standard. Um uns nicht misszuverstehen, der Vorwurf des Rassismus ist berechtigt, nur können die Schengener Festungsstaaten der Wiener Koalition schwer vorwerfen, was sie selbst betreiben. Die Sanktionen, die eigentlich keine sind und mehr auf der symbolischen und theatralischen Ebene stattfinden, wurden bald mal zu einem Problem der EU, weniger zu einem der blau-schwarzen Koalition in Wien.

Diese inszenierte sich in billiger Manier als Opfer und punktet zusehends mit ihrem rot-weiss-roten „Mir san mir"-Patriotismus. Gegen Haider sein, das ginge ja noch an, aber mit dem Ausland paktieren, das sei Fahnenflucht. „Österreich soll dem Ausland wie ein Mann gegenüberstehen!", sagte Jörg Haider bereits im ORF-Mittagsjournal vom 31. Januar, dem Tag, an dem die Kritik der EU durch die Androhung von Sanktionen ihren ersten Kulminationspunkt erreichte. Die unsäglichen Diskussionen, wer denn nun das Land am besten im Ausland verteidige bis hin zu Haiders absurder, aber berechnender Aufforderung, Vaterlandsverräter wie den SP-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer oder den grünen EU-Abgeordneten Johannes Voggenhuber strafrechtlich zu verfolgen, haben zumindest dazu geführt, dass alles, was nicht dem Patriotismus huldigt, wie ein biologischer Reflex abgewehrt wird. Durch diese Konkurrenz der Patrioten wurde jede inhaltliche Kritik am Regierungsprogramm mühelos in den Hintergrund gedrängt. Vor allem die Sozialdemokratie, laut Haider eine „österreichfeindliche Horde" (Kurier, 9. März 2000), befindet sich ob ihrer lavierenden Politik – einerseits gegen die Regierung, andererseits gegen die Sanktionen – in einem Dilemma, das sie arg in Mitleidenschaft zieht. Das nicht nur von Haider vorangetriebene „Wir gegen die anderen" hat sich jedenfalls voll durchgesetzt, auch wenn nicht die Freiheitlichen, sondern Kanzler Schüssel und seine Volkspartei die unmittelbareren Nutzniesser sind. Aber das kann sich schnell ändern.

Literatur

Adorno, Theodor W., 1997: Minima Moralia. Gesammelte Schriften 4. Frankfurt/M.

Bailer-Galanda, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang, 1997: Haider und die „Freiheitlichen" in Österreich. Berlin

Brecht, Bertolt, 1967: Der aufhaltsame Aufstieg des Arturio Ui. Gesammelte Werke 4. Frankfurt/M.

Haider, Jörg, 1993: Die Freiheit, die ich meine. Frankfurt/M.-Berlin

Haider, Jörg, 1997: Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für die Brücke ins neue Jahrtausend. Wien

Kurz, Robert, 1993: Die Demokratie frißt ihre Kinder. In: Ders. u.a., Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen. Unkel/Rhein und Bad Honnef

Lohoff, Ernst, 1993: Dämokratisches Erwachen. Vom rechten Ende der Politik. In: Robert Kurz u.a., Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rhein und Bad Honnef

Menasse, Robert, 2000: In achtzig Tagen gegen die Welt. Zwischenbilanz über die Veränderung Österreichs. Neue Zürcher Zeitung, 13./14. Mai

Nestroy, Johann, 1969: Freiheit in Krähwinkel. Stuttgart
Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag im Design Center Linz am 30. Oktober 1997. Wien
Schandl, Franz/Schattauer, Gerhard, 1996: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien
Schandl, Franz, 1999: Populismus gleich Demokratismus. Über die Zuspitzung der Demokratie in Zeiten ihres Verfalls. In: Streifzüge Nr. 4, Wien
Scharsach, Hans-Henning, 1992: Haiders Kampf. Wien
von Ossietzky, Carl, 1989: Wer gegen wen? (Die Weltbühne, 24. November 1931) In: Carl von Ossietzky, Lesebuch. Der Zeit den Spiegel vorhalten. Reinbek b.Hamburg
Wilhelm, Markus, 1995: Haider = Vranitzky. In: FOEHN 21, Innsbruck
Wilhelm, Markus, 1996: Wir Haiderwähler und wir Nichthaiderwähler. In: FOEHN 22. Innsbruck

Krisis 23 beiträge zur kritik der warengesellschaft

Postpolitik und demokratische Krisenverwaltung

Franz Schandl: **Das Phänomen Haider.** Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
Gerhard Scheit: **Demokratischer Rassismus, Outsourcing des Staats.** Das Beispiel Haider.
Ernst Lohoff: **Einer muß den Bluthund machen.** Anmerkungen zur neuen Sozialdemokratie und ihrer historischen Mission.
Robert Bösch: **Zwischen Allmacht und Ohnmacht.** Zur Psychopathologie des bürgerlichen (d.h. männlichen) Subjekts.
sowie: Rezensionen | Kommentare | Glossen

164 Seiten, DM 18, ISBN 3-89502-101-6

EBENFALLS JETZT ERSCHIENEN:
Roswitha Scholz: **Das Geschlecht des Kapitalismus**
Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats
190 S., br., DM 24, ISBN 3-89502-100-8

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung! Oder über den Verlag:
Horlemann Verlag · Postfach 1307 · D-53583 Bad Honnef
Fax. (0 22 24) 54 29 · e-mail: info@horlemann-verlag.de